



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr, Annette Karl, Bernhard Roos, Andreas Lotte, Günther Knoblauch** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/7365, 17/8287

Mit verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zu Balkanstaaten die Heimatländer von Zuwanderern entwickeln und Migrationsursachen bekämpfen

Die Staatsregierung wird dahingehend unterstützt, in den Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen Bayerns einen stärkeren Akzent auf die Balkanländer Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Ehemalige Jugoslawische Republik (EJR) Mazedonien und Albanien zu legen, um die fragile Region politisch zu stabilisieren, wirtschaftlich zu entwickeln und so durch die Schaffung von Lebensperspektiven für die Bevölkerung einen spürbaren Beitrag zur Bekämpfung der Migrationsursachen zu leisten.

Dem Landtag ist zu berichten, was bisher von bayerischer Seite diesbezüglich unternommen worden ist.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident